

No. 29550

**GERMANY
and
CZECHOSLOVAKIA**

Agreement concerning the detachment of Czechoslovak employees from enterprises domiciled in the Czech and Slovak Federal Republic for employment under contracts for work and services. Signed at Prague on 25 May 1990

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 28 January 1993.

Termination (*Note by the Secretariat*)

**ALLEMAGNE
et
TCHÉCOSLOVAQUIE**

Convention relative au détachement de travailleurs tchécoslovaques d'entreprises établies en République fédérale tchèque et slovaque pour être employés en vertu de contrats d'entreprises. Signée à Prague le 25 mai 1990

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistrée par l'Allemagne le 28 janvier 1993.

Abrogation (*Note du Secrétariat*)

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VEREINBARUNG ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER
TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN RE-
PUBLIK ÜBER DIE ENTSENDUNG TSCHECHOSLOWAKI-
SCHER ARBEITNEHMER AUS IN DER TSCHECHISCHEN UND
SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ANSÄSSIGEN
UNTERNEHMEN ZUR BESCHÄFTIGUNG AUF DER GRUND-
LAGE VON WERKVERTRÄGEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen
Republik

in Würdigung des beiderseitigen Nutzens der bestehenden
wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit,

in dem Willen, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des
Arbeitsmarkts die Entsendung und Beschäftigung der Arbeitneh-
mer aus tschechoslowakischen Unternehmen zur Absicherung
der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf eine dauerhafte Grund-
lage zu stellen,

in der Absicht, für die auf der Grundlage von Werkverträgen
zusammenarbeitenden deutschen und tschechoslowakischen
Unternehmen klare Bedingungen zu schaffen, um die Möglich-
keiten der Entsendung und Beschäftigung tschechoslowakischer
Arbeitnehmer zu verbessern: —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Tschechoslowakischen Arbeitnehmern, die auf der Grund-
lage eines Werkvertrags zwischen einem tschechoslowakischen
Arbeitgeber und einem im deutschen Geltungsbereich dieser
Vereinbarung ansässigen Unternehmen für eine vorübergehende
Tätigkeit entsandt werden (Werkvertragsarbeiter), wird die
Arbeitserlaubnis unabhängig von der Lage und Entwicklung des
Arbeitsmarkts erteilt, unter Berücksichtigung des Artikels 4
Absatz 1 dieser Vereinbarung.

(2) Diese Vereinbarung gilt nicht für Arbeitnehmer, die auf der Grundlage eines Werkvertrags in den Geltungsbereich der Vereinbarung entsandt werden, um vorbereitende Arbeiten für deutsch-tschechoslowakische Unternehmenskooperationen in Drittstaaten auszuführen.

Artikel 2

(1) Die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer wird auf 1500 festgesetzt, wovon im Baugewerbe bis zu 700 Arbeitnehmer beschäftigt werden können. Unbeschadet des Satzes 1 können im Baugewerbe in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung zusätzlich bis zu 700 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die angegebenen Zahlen verstehen sich als Jahresdurchschnittszahlen.

(2) Die Arbeitserlaubnis wird Arbeitnehmern nur für die Ausführung von Werkverträgen erteilt, deren Erfüllung überwiegend Arbeitnehmer mit beruflicher Qualifikation erfordert. Arbeitnehmern ohne berufliche Qualifikation wird die Arbeitserlaubnis erteilt, soweit dies zur Ausführung der Arbeiten unerlässlich ist.

Artikel 3

(1) Die festgelegten Zahlen der Werkvertragsarbeitnehmer werden von dem Föderalen Außenhandelsministerium des Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik auf die tschechoslowakischen Unternehmen verteilt.

(2) Die Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland achtet bei der Durchführung der Vereinbarung in Zusammenarbeit mit dem Föderalen Außenhandelsministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik darauf, daß es nicht zu einer regionalen oder sektoralen Konzentration von Werkvertragsarbeitnehmern in einem Wirtschaftszweig oder in einem bestimmten Bereich eines Wirtschaftszweigs kommt.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Zahlen werden wie folgt an die weitere Entwicklung des Arbeitsmarkts angepaßt:

Bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage erhöhen sich die bei Inkrafttreten der Vereinbarung festgelegten Zahlen um jeweils fünf vom Hundert für jeden vollen Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote in den letzten zwölf Monaten verringert hat. Bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage verringern sich die Zahlen entsprechend. Für die Anpassung sind jeweils die Arbeitslosenquoten, getrennt nach Gesamtquote und Unterquote, am 30. Juni des laufenden Jahres und des Vorjahres zu vergleichen.

Die Änderungen sind vom 1. Oktober des laufenden Jahres an zu berücksichtigen. Die neuen Zahlen sind so aufzurunden, daß sie durch die Zahl zehn ohne Rest teilbar sind.

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland teilt die nach Absatz 1 errechneten Zahlen dem Föderalen Außenhandelsministerium der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik jeweils bis zum 31. August eines Jahres mit.

Artikel 5

(1) Die Arbeitserlaubnis wird nur erteilt, soweit

- a) der Werkvertragsarbeitnehmer die erforderliche Aufenthaltserlaubnis besitzt,
- b) die Entlohnung des Werkvertragsarbeitnehmers einschließlich des Teils, der wegen der auswärtigen Beschäftigung gezahlt wird, dem Lohn entspricht, welchen die einschlägigen deutschen Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeiten vorsehen.

(2) Im übrigen finden die einschlägigen Rechtsvorschriften über die Erteilung und Versagung sowie über das Erlöschen der Arbeitserlaubnis Anwendung. Ein Abdruck des Werkvertrags ist rechtzeitig beim zuständigen Landesarbeitsamt einzureichen.

Artikel 6

(1) Die Arbeitserlaubnis wird für die voraussichtliche Dauer der Arbeiten zur Erfüllung des Werkvertrags erteilt. Die Höchstdauer der Arbeitserlaubnis beträgt in der Regel zwei Jahre. Sofern die Ausführung eines Werkvertrags infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses länger als zwei Jahre dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zu sechs Monaten verlängert. Steht von vornherein fest, daß die Ausführung des Werkvertrags länger als zwei Jahre dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zur Höchstdauer von drei Jahren erteilt.

(2) Nach Fertigstellung eines Werkes kann zur Ausführung eines anderen Werkvertrags auf Antrag eine neue Arbeitserlaubnis im Rahmen der zugelassenen Höchstdauer von zwei Jahren erteilt werden.

(3) Die Arbeitserlaubnis wird für eine bestimmte berufliche Tätigkeit zur Ausführung eines bestimmten Werkvertrags erteilt. In begründeten Ausnahmefällen wird die Arbeitserlaubnis für mehrere Werkverträge erteilt. Das tschechoslowakische Unternehmen kann den Arbeitnehmer innerhalb der vorgesehenen Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis vorübergehend zur Ausführung eines anderen Werkvertrags umsetzen. Es hat die Umset-

zung dem zuständigen Landesarbeitsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Landesarbeitsamt veranlaßt, daß eine entsprechende Arbeitserlaubnis erteilt wird.

(4) Einzelnen Arbeitnehmern mit führender oder Verwaltungstätigkeit wird die Arbeitserlaubnis bis zu einer Höchstdauer von vier Jahren erteilt. Diese Arbeitserlaubnisse werden je nach Größe des Projekts bis zu vier Arbeitnehmern erteilt.

Artikel 7

Ein Werkvertragsarbeitnehmer, der nach Beendigung seiner Tätigkeit den deutschen Geltungsbereich dieser Vereinbarung verlassen hat, kann im Rahmen eines neuen Werkvertrags eine Arbeitserlaubnis wieder erhalten, wenn er sich nach Beendigung seiner Tätigkeit mindestens so lange außerhalb dieses Geltungsbereichs aufgehalten hat, wie er zuletzt dort tätig war.

Artikel 8

(1) Die Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks ist vor der Einreise bei der zuständigen Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland zu beantragen. Sobald der Sichtvermerk erteilt ist, kann der Arbeitnehmer einreisen. Er hat sich unverzüglich bei der für seinen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde zu melden.

(2) Die Arbeitserlaubnis ist nach der Einreise unverzüglich bei dem Arbeitsamt zu beantragen, in dessen Bezirk der Werkvertrag ausgeführt wird oder das tschechoslowakische Unternehmen einen Betriebssitz oder eine Betriebsniederlassung hat.

Artikel 9

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und das Föderale Außenhandelsministerium und das Föderale Ministerium für Arbeit und Sozialangelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik arbeiten im Rahmen dieser Vereinbarung eng zusammen. Bei Bedarf wird auf Antrag einer Seite eine Gemischte deutsch-tschechoslowakische Arbeitsgruppe gebildet, um Fragen zu erörtern, die mit der Durchführung dieser Vereinbarung zusammenhängen.

Artikel 10

Arbeitnehmern, die bei tschechoslowakischen Arbeitgebern beschäftigt werden sollen, die ohne Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland Arbeitnehmer Dritten

gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen haben, wird keine Arbeiterlaubnis erteilt. Gleiches gilt für Arbeitnehmer von tschechoslowakischen Arbeitgebern, die mehr Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, als ihnen nach Artikel 3 Absatz 1 zugeteilt sind, oder die Arbeitnehmer beschäftigen, die keine Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Artikel 11

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird diese Vereinbarung in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 12

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Seiten einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Die Vereinbarung kann bis zum 30. Juni mit Wirkung zum 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich gekündigt werden. Die aufgrund der Vereinbarung erteilten Arbeiterlaubnisse bleiben von einer Kündigung unberührt.

(3) Soweit Werkverträge bei Inkrafttreten der Vereinbarung bereits bei der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland eingereicht worden sind, werden diese Werkverträge nach den bisherigen Regelungen abgewickelt, wobei die beschäftigten Arbeitnehmer auf die vereinbarten Zahlen angerechnet werden.

Geschehen zu Prag am 25. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

HERMANN HUBER

Für die Regierung
der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik:

BARCAK

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ REPUBLIKY
O VYSÍLÁNÍ ČESKOSLOVENSKÝCH PRACOVNÍKŮ Z POD-
NIKŮ SE SÍDLEM V ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ RE-
PUBLICI K ZAMĚSTNÁNÍ NA ZÁKLADĚ SMLUV O DÍLO

Vláda Spolkové republiky Německo

a

vláda České a Slovenské Federativní Republiky

v ocenění oboustranného užitku stávající hospodářské, průmyslové a
technické spolupráce,

s vůlí postavit se zřetelem k potřebám trhu pracovních sil na dlouho-
dobý základ vysílání a zaměstnávání pracovníků z československých
podniků k zajištění hospodářské spolupráce,

v úmyslu vytvořit na základě smluv o dílo jasné podmínky pro spolu-
pracující německé a československé podniky a zlepšit možnosti vysílá-
ní a zaměstnávání československých pracovníků

se dohodly takto:

Článek 1

1. Československým pracovníkům, kteří jsou vysíláni pro přechodnou
činnost na základě smlouvy o dílo mezi podnikem sídlícím v německé
oblasti platnosti této dohody a československým zaměstnavatelem
/pracovníci činní na základě smlouvy o dílo/, bude uděleno pracov-
ní povolení nezávisle na situaci a vývoji trhu pracovních sil s při-
hlédnutím k článku 4 odst. 1 této dohody.

2. Tato dohoda se netýká pracovníků, kteří jsou vysláni do oblastí platnosti dohody na základě smlouvy o dílo, aby připravili německo-československé podnikové kooperace ve třetích zemích.

Článek 2

1. Počet pracovníků činných na základě smluv o dílo se stanovuje na 1500, z čehož ve stavebnictví může být zaměstnáno až do 700 pracovníků. Bez újmy znění věty 1 může být ve stavebnictví v prvních třech letech po nabytí platnosti dohody zaměstnáno dodatečně až 700 pracujících. Udané počty se rozumí jako roční průměrné počty.
2. Pracovní povolení bude pracovníkům uděleno jen pro zajištění smluv o dílo, jejichž splnění vyžaduje převážně pracovníky s odbornou kvalifikací. Pracovníkům bez odborné kvalifikace bude pracovní povolení uděleno, pokud je nezbytné k provedení práce.

Článek 3

1. Stanovený nejvyšší počet pracovníků činných na základě smluv o dílo bude rozdělován československým podnikům Federálním ministerstvem zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky.
2. Spolkový úřad práce Spolkové republiky Německo při realizaci dohody ve spolupráci s Federálním ministerstvem zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky dbá na to, aby nedošlo k regionální nebo sektorové koncentraci pracovníků činných na základě smluv o dílo v některém hospodářském odvětví nebo v určité jeho oblasti.

Článek 4

1. Počet stanovený v článku 2 odst. 1 bude přizpůsoben vývoji na trhu pracovních sil následovně:

Při zlepšení situace na trhu pracovních sil se zvýší počty stanovené při nabytí platnosti dohody vždy o pět ze sta z každého celého pro-

centa, o které se zmenšil počet nezaměstnaných v posledních dvanácti měsících. Při zhoršení situace na trhu pracovních sil se počet sníží odpovídajícím způsobem. Pro úpravu stanoveného počtu je třeba porovnat vždy početní kvóty nezaměstnaných, odděleně podle celkové kvóty a podkvóty, k 30. červnu probíhajícího a předchozího roku. Ke změnám je třeba přihlídnout od 1. října probíhajícího roku. Nové počty musí být zaokrouhleny tak, aby mohly být beze zbytku dělitelné deseti.

2. Spolkový ministr práce a sociálního pořádku Spolkové republiky Německo sdělí nejvyšší počet stanovený podle odst. 1 federálnímu ministerstvu zahraničního obchodu České a Slovenské Federativní Republiky vždy do 31. srpna.

Článek 5

1. Pracovní povolení bude uděleno pouze, když
 - a/ pracovník činný na základě smlouvy o dílo vlastní požadované povolení k pobytu,
 - b/ mzda pracovníka činného na základě smlouvy o dílo, včetně částky, která je vyplácena v důsledku zahraničního zaměstnání, odpovídá mzdě, kterou předvídají příslušné německé tarifní smlouvy pro srovnatelné činnosti.
2. V ostatních případech se uplatňují příslušné právní předpisy o udělování a zamítnutí, jakož i o vypršení platnosti pracovního povolení. Výtisk smlouvy o dílo je nutno včas předložit příslušnému zemskému pracovnímu úřadu.

Článek 6

1. Pracovní povolení bude uděleno na předpokládanou dobu prací ke splnění smlouvy o dílo. Nejdelší doba trvání pracovního povolení činí zpravidla dva roky. Pokud v důsledku nepředvídaně události trvá zajištění smlouvy o dílo déle než dva roky, bude pracovní povolení prodlouženo až o 6 měsíců. Jestliže je již od samého začátku

známo, že zajištění smlouvy o dílo bude trvat déle než dva roky, bude pracovní povolení uděleno nejvýše na 3 roky.

2. Po dohotovení díla může být na základě žádosti uděleno nové pracovní povolení v rámci povolené nejdelší doby dvou let k zajištění provedení jiné smlouvy o dílo.
3. Pracovní povolení je uděleno pro určitou odbornou činnost k provedení určité smlouvy o dílo. V odůvodněných výjimečných případech je pracovní povolení uděleno pro více smluv o dílo. Československý podnik může svého pracovníka v průběhu předpokládané doby platnosti pracovního povolení přechodně přeřadit na zajištění jiné smlouvy o dílo. Změnu je nutno neprodleně sdělit příslušnému zemskému pracovnímu úřadu. Zemský pracovní úřad zajistí udělení odpovídajícího pracovního povolení.
4. Jednotlivým pracovníkům, kteří provádějí vedoucí nebo správní činnost, bude pracovní povolení uděleno nanejvýš na dobu čtyř let. Tato pracovní povolení budou udělena podle velikosti projektu maximálně čtyřem zaměstnancům.

Článek 7

Pracovník činný na základě smlouvy o dílo, který po skončení své činnosti opustil německou oblast platnosti této dohody, může v rámci nové smlouvy o dílo opět obdržet pracovní povolení, když se po skončení své činnosti bude zdržovat mimo tuto oblast platnosti nejméně tak dlouho, jak byl naposledy tamtéž činný.

Článek 8

1. O povolení k pobytu ve formě víza musí být zažádáno před příjezdem u příslušného zahraničního zastoupení Spolkové republiky Německo. Jakmile je vízum uděleno, může pracovník přijet do Spolkové republiky Německo. Musí se bez prodlení hlásit u cizineckého úřadu příslušného pro místo svého pobytu.

2. Po příjezdu musí být o pracovní povolení požádáno bez prodlení u pracovního úřadu, v jehož okrese se realizuje smlouva o dílo, nebo v němž má československý podnik sídlo nebo pobočku.

Článek 9

Spolkový ministr práce a sociálního pořádku Spolkové republiky Německo a Federální ministerstvo zahraničního obchodu a Federální ministerstvo práce a sociálních věcí České a Slovenské Federativní Republiky v rámci této dohody úzce spolupracují. V případě potřeby bude na žádost jedné strany vytvořena Smíšená německo - československá pracovní skupina k projednání otázek souvisejících s prováděním této dohody.

Článek 10

Pracovníkům, kteří mají být zaměstnáni československými zaměstnavateli, kteří přenechali pracovníky k provádění pracovních výkonů třetímu bez povolení Spolkového úřadu práce Spolkové republiky Německo, nebude pracovní povolení uděleno. Totéž platí pro pracovníky československých zaměstnavatelů, kteří zaměstnávají více pracovníků činných na základě smluv o dílo než je jim podle článku 3 odst. 1 přiděleno, nebo zaměstnávají osoby, které nemají povolení k práci anebo k pobytu.

Článek 11

Podle čtyřstranné dohody ze dne 3. září 1971 se tato dohoda rozšiřuje v souladu se stanoveným postupem na Berlín /Západní/.

Článek 12

1. Tato dohoda nabyde platnost v den, kdy si obě strany vzájemně sdělí, že pro nabytí platnosti byly splněny potřebné vnitrostátní předpoklady.
2. Dohoda může být písemně vypovězena do 30. června s platností k 31. prosinci každého roku. Pracovní povolení udělená na základě dohody zůstávají touto výpovědí nedotčena.

3. Pokud jsou při nabytí platnosti dohody Spolkovému úřadu práce Spolkové republiky Německo již předloženy smlouvy o dílo, budou tyto smlouvy o dílo vyřizovány podle dosavadních pravidel, přičemž zaměstnávání pracovníci budou započítávání do dohodnutých počtů.

Dáno v Praze dne 25. května 1990 ve dvou vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
Spolkové republiky Německo:

[Signed — Signé]¹

Za vládu
České a Slovenské
Federativní Republiky:

[Signed — Signé]²

¹ Signed by Hermann Huber — Signé par Hermann Huber.

² Signed by Barcak — Signé par Barcak.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING
THE DETACHMENT OF CZECHOSLOVAK EMPLOYEES FROM
ENTERPRISES DOMICILED IN THE CZECH AND SLOVAK
FEDERAL REPUBLIC FOR EMPLOYMENT UNDER CON-
TRACTS FOR WORK AND SERVICES

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic,

Recognizing the mutual advantages of their current economic, industrial and technical cooperation,

Desiring to place on a lasting basis the detachment and employment of employees from Czechoslovak enterprises in order to sustain economic cooperation, while at the same time taking account of the requirements of the labour market,

Intending to create clear conditions for the Czechoslovak and German enterprises cooperating on the basis of contracts for work and services so as to improve the possibilities for the detachment and employment of Czechoslovak employees,

Have agreed as follows:

Article 1

1. Regardless of the situation on the labour market and the direction of that market, and in accordance with article 4, paragraph 1, of this Agreement, work permits shall be issued to Czechoslovak employees who are detached to perform a temporary activity on the basis of a contract for work and services between a Czechoslovak employer and an enterprise with a seat in the German area of application of this Agreement (contract employees).

2. This Agreement shall not apply to employees who are detached to the area of application of the Agreement on the basis of a contract for work and services in order to carry out preparatory work for German-Czechoslovak enterprise cooperation projects in third States.

Article 2

1. The number of contract employees is set at 1,500, of whom up to 700 employees may be employed in the building trade. The first sentence of this paragraph notwithstanding, up to 700 additional employees may be employed during the first three years following the entry into force of this Agreement. The numbers indicated are to be understood as yearly averages.

2. Work permits shall be issued to employees solely for carrying out contracts for work and services whose performance predominantly requires employees with

¹ Came into force on 25 May 1990, the date on which the Parties informed each other of the completion of the necessary domestic conditions, in accordance with article 12 (1).

occupational qualifications. Work permits shall be issued to employees without occupational qualifications only in so far as this is essential for the performance of the work.

Article 3

1. The stipulated numbers of contract employees shall be distributed among the Czechoslovak enterprises by the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic.

2. The Federal Labour Office of the Federal Republic of Germany, working in cooperation with the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic, shall ensure that implementation of this Agreement does not lead to a regional or sectoral concentration of contract employees in one branch of industry or in one particular sector of a branch of industry.

Article 4

1. The numbers stipulated in article 2, paragraph 1, of this Agreement shall be adjusted as follows to further developments in the labour market:

In the event of an improvement in the labour market situation, the numbers set at the time the Agreement comes into force shall be increased by five per cent for each full percentage point by which the unemployment rate has decreased over the preceding 12 months; in the event of a deterioration in the labour market situation, the numbers shall be reduced according to the same formula. The calculation for the adjustment shall be based on a comparison of the unemployment rates as at 30 June of the current year and the preceding year, separately according to the overall rate and the subrate; the changes shall be taken into account as of 1 October of the current year. The new numbers shall be rounded upwards so that they are wholly divisible by ten.

2. The Federal Minister for Labour and Social Order of the Federal Republic of Germany shall communicate the numbers calculated according to paragraph 1 of this article to the Federal Foreign Trade Ministry of the Czech and Slovak Federal Republic by 31 August of each year.

Article 5

1. Work permits shall be issued only if

(a) The contract employee is in possession of the requisite residence permit;

(b) Remuneration of the contract employee, including the portion paid for employment abroad, corresponds to the amount provided for in the relevant German collective wage contracts for comparable activities.

2. In all other respects the relevant legal provisions regarding the granting, refusal and expiry of work permits shall apply. A copy of the contract for work and services shall be filed in good time with the competent Regional Labour Office.

Article 6

1. Work permits shall be issued for the probable duration of the work needed to complete the contract. As a rule, the maximum period of validity of the work permit shall be two years. Where because of an unforeseeable occurrence the completion of a contract for work and services requires more than two years, the work permit shall be extended by up to six months. Where it is clear from the outset that

the performance of the contract will require more than two years, the work permit shall be issued for a maximum period of up to three years.

2. Following the completion of a job, a new work permit, subject to the maximum permissible period of two years, may be issued, on request, for the performance of another contract for work and services.

3. Work permits shall be issued for a particular occupational activity in connection with the performance of a particular contract for work and services. In justified exceptional cases a work permit may be issued for more than one contract. The Czechoslovak enterprise may temporarily reassign an employee to work on another contract within the prescribed period of validity of the work permit, provided that work on that contract has already commenced. The enterprise in question shall immediately notify the competent Regional Labour Office of such reassignment. The Regional Labour Office shall arrange for the issue of an appropriate work permit.

4. Individual employees in supervisory or administrative positions shall be issued with work permits for a maximum period of validity of up to four years. Depending on the size of the project, such work permits shall be issued for up to four employees.

Article 7

A contract employee who has left the German area of application of this Agreement upon completion of his work may receive a new work permit under a new contract for work and services, provided that on completion of his work he has remained outside the said area of application for at least as long as he last worked within it.

Article 8

1. Residence permits in the form of a visa must be applied for at the competent diplomatic mission of the Federal Republic of Germany abroad. The employee may enter the country as soon as the visa has been issued. He must without delay report to the alien affairs authorities at the office competent for his place of residence.

2. Following the employee's entry into the country, application for a work permit shall be made without delay at the labour office in whose district the contract for work and services is being carried out or the Czechoslovak enterprise has a company headquarters or place of business.

Article 9

The Federal Minister for Labour and Social Order of the Federal Republic of Germany and the Federal Foreign Trade Ministry and the Federal Ministry for Labour and Social Affairs of the Czech and Slovak Federal Republic shall work together closely within the terms of this Agreement. Where necessary, a mixed German-Czechoslovak working group shall be formed at the request of either one of the Contracting Parties to discuss issues relating to the implementation of this Agreement.

Article 10

Work permits shall not be issued to employees intended to work under Czechoslovak employers who, without the permission of the Federal Labour Office

of the Federal Republic of Germany, have, on a commercial basis, relinquished employees to perform work for a third party. The same shall apply to employees of Czechoslovak employers who recruit more contract employees than are allotted to them under article 3, paragraph 1, of this Agreement, or who recruit employees who do not possess a work permit or a residence permit.

Article 11

Pursuant to the Quadripartite Agreement of 3 September 1971,¹ this Agreement shall apply also to Berlin (West) in accordance with the established procedures.

Article 12

1. This Agreement shall enter into force on the day on which both States have notified each other that the necessary domestic conditions to that end have been fulfilled.

2. This Agreement may be terminated in writing at any time up to 30 June of a given year with effect from 31 December of that year. Work permits issued on the basis of the Agreement shall remain unaffected by its termination.

3. Contracts for work and services already submitted to the Federal Labour Office of the Federal Republic of Germany at the time when this Agreement enters into force shall be wound up in accordance with the regulations heretofore in force, the employees under contract being counted against the agreed numbers.

DONE at Prague on 25 May 1990 in two originals, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

HERMANN HUBER

For the Government
of the Czech and Slovak Federal Republic:

BARČAK

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 880, p. 115.

TERMINATION OF THE AGREEMENT OF 25 MAY 1990 BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF
GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH AND
SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING THE DETACH-
MENT OF CZECHOSLOVAK EMPLOYEES FROM ENTER-
PRISES DOMICILED IN THE CZECH AND SLOVAK FEDERAL
REPUBLIC FOR EMPLOYMENT UNDER CONTRACTS FOR
WORK AND SERVICES¹ (*NOTE BY THE SECRETARIAT*)

The Government of Germany registered on 28 January 1993 the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic concerning the detachment of Czechoslovak employees from enterprises domiciled in the Czech and Slovak Federal Republic for employment under contracts for work and services signed at Prague on 23 April 1991.²

The said Agreement, which came into force on 23 April 1991, provides, in its article 11 (1), for the termination of the above-mentioned Agreement of 25 May 1990.

¹ See p. 15 of this volume.

² See p. 109 of this volume.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIVE AU DÉTACHEMENT DE TRAVAILLEURS TCHÉCO-SLOVAQUES D'ENTREPRISES ÉTABLIES EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE POUR ÊTRE EMPLOYÉS EN VERTU DE CONTRATS D'ENTREPRISES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérale tchèque et slovaque,

Reconnaissant les avantages mutuels de la collaboration existante dans le domaine de l'économie, de l'industrie et de la technique,

Désireux, compte tenu des besoins du marché du travail, d'asseoir sur une base durable le détachement et l'emploi de travailleurs d'entreprises tchécoslovaques afin d'assurer la coopération économique,

Se proposant d'instaurer des conditions claires pour les entreprises allemandes et tchécoslovaques qui collaborent dans le cadre de contrats de travail, en vue d'améliorer les possibilités de détachement et d'emploi de travailleurs tchécoslovaques,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Les travailleurs tchécoslovaques qui sont détachés pour une activité temporaire, sur la base d'un contrat de travail entre un entrepreneur tchécoslovaque et une entreprise établie dans la zone d'application de la présente Convention (travailleurs contractuels) reçoivent le permis de travail, quelles que soient la situation et l'évolution du marché du travail, compte tenu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 4 de la présente Convention.

2. La présente Convention ne s'applique pas aux travailleurs qui sont détachés sur la base d'un contrat de travail dans la zone d'application de la présente Convention en vue de l'exécution de travaux préparatoires pour la coopération germano-tchécoslovaque dans des pays tiers, au niveau des entreprises.

Article 2

1. Le nombre des travailleurs contractuels est plafonné à 1 500, dont un maximum de 700 peuvent être employés dans le secteur de la construction. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, au cours des trois années suivant l'entrée en vigueur de la Convention, 700 travailleurs au maximum pourront être employés à titre supplémentaire dans le secteur de la construction. Les chiffres indiqués s'entendent comme chiffres moyens annuels.

¹ Entrée en vigueur le 25 mai 1990, date à laquelle les Parties se sont informées de l'accomplissement des conditions requises, conformément au paragraphe 1 de l'article 12.

2. Le permis de travail n'est délivré aux travailleurs que pour l'exécution de contrats de travail dont l'application nécessite essentiellement des travailleurs ayant une qualification professionnelle. Les travailleurs sans qualification professionnelle reçoivent le permis de travail dans la mesure où cela est indispensable pour l'exécution des travaux.

Article 3

1. Les contingents fixés pour les travailleurs contractuels seront répartis par le Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérative tchèque et slovaque entre les entreprises tchécoslovaques.

2. L'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne veille à l'application de la Convention, en collaboration avec le Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérale tchèque et slovaque, afin qu'il ne se produise pas de concentration régionale ou sectorielle de travailleurs contractuels dans un secteur de l'économie ou dans un domaine déterminé d'un secteur de l'économie.

Article 4

1. Les plafonds fixés au paragraphe 1 de l'article 2 seront adaptés de la manière suivante à l'évolution ultérieure du marché du travail :

En cas d'amélioration de la situation du marché du travail, les plafonds fixés lors de l'entrée en vigueur de la Convention seront augmentés de 5 % pour chaque point entier de diminution du niveau de chômage enregistré au cours des 12 mois précédents. En cas de détérioration de la situation du marché du travail, les plafonds seront réduits dans une proportion correspondante. Aux fins d'adaptation, on procédera à une comparaison entre les taux de chômage, ventilés en taux globaux et taux sectoriels, au 30 juin de l'année en cours et au 30 juin de l'année précédente. Les modifications seront prises en compte à compter du 1^{er} octobre de l'année en cours. Les nouveaux plafonds seront arrondis de telle manière que leur division par dix donne un chiffre entier.

2. Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne communiquera chaque année au Ministère fédéral du commerce extérieur de la République fédérale tchèque et slovaque, jusqu'au 31 août, les plafonds calculés conformément aux dispositions du paragraphe 1.

Article 5

1. Le permis de travail ne sera délivré que si :

a) Le travailleur contractuel possède le permis de séjour requis;

b) La rémunération du travailleur contractuel, y compris la partie payée pour l'emploi à l'étranger correspond au salaire prévu par les conventions salariales allemandes applicables à des activités comparables.

2. Pour le reste, la législation intérieure relative à l'octroi, au refus et à l'expiration du permis de travail est d'application. Une copie du contrat de travail sera adressée en temps voulu à l'Office du travail compétent du Land.

Article 6

1. Le permis de travail est délivré pour la durée prévue des travaux nécessaires à l'exécution du contrat. Sa durée maximale est en principe limitée à deux ans. Si, par suite d'un événement imprévisible, l'exécution du contrat se prolonge

au-delà de deux ans, le permis de travail est prolongé d'une durée maximale de six mois. S'il est établi à l'avance que l'exécution du contrat durera plus de deux ans, le permis de travail peut être délivré pour une durée maximale de trois ans.

2. Après l'achèvement d'un travail, un nouveau permis de travail d'une durée de validité maximale de deux ans peut être délivré sur demande pour l'exécution d'un autre contrat.

3. Le permis de travail est délivré pour une activité professionnelle déterminée et pour l'exécution d'un contrat de travail déterminé. Dans certains cas exceptionnels justifiés, le permis de travail peut être délivré pour plusieurs contrats. L'entreprise tchécoslovaque peut détacher temporairement le travailleur contractuel pendant la période de validité du permis de travail pour exécuter un autre contrat. Le détachement doit être communiqué sans retard à l'Office du travail compétent du Land, lequel fera délivrer un permis de travail correspondant.

4. Un permis de travail d'une durée maximale de quatre ans sera délivré aux travailleurs qui ont des fonctions de direction ou d'administration. Le nombre de travailleurs titulaires d'un tel permis peut être au maximum de quatre personnes en fonction de l'importance du projet.

Article 7

Un travailleur contractuel qui a quitté la zone allemande d'application de la présente Convention après avoir achevé son activité peut, dans le cadre d'un nouveau contrat, obtenir de nouveau un permis de travail s'il a séjourné en dehors de cette zone d'application, après la fin de son activité, pendant une période au moins égale à celle pendant laquelle il était employé en dernier lieu.

Article 8

1. Le permis de séjour doit être demandé sous forme de visa avant l'entrée dans le pays, auprès de la représentation compétente de la République fédérale d'Allemagne à l'étranger. Dès que le visa est délivré, le travailleur peut entrer. Il doit se présenter sans délai à l'Office des étrangers compétent pour son lieu de travail.

2. Le permis de travail doit être demandé immédiatement après l'entrée dans le pays, auprès de l'Office du travail dans la circonscription duquel le contrat de travail est exécuté, ou de l'entreprise tchécoslovaque qui y a un établissement ou une filiale.

Article 9

Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère fédéral du commerce extérieur ainsi que le Ministère fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale tchèque et slovaque, coopéreront étroitement dans le cadre de la présente Convention. S'il y a lieu, un groupe de travail mixte germano-tchécoslovaque sera constitué, à la demande d'une Partie contractante, pour examiner les questions liées à l'application de la présente Convention.

Article 10

Aucun permis de travail ne sera délivré aux travailleurs devant être employés par des entrepreneurs tchécoslovaques qui, sans autorisation de l'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne, ont mis à titre professionnel des

travailleurs à la disposition de tiers. Il en va de même pour les travailleurs d'entreprises tchécoslovaques qui emploient plus de travailleurs contractuels que le nombre alloué conformément au paragraphe 1 de l'article 3 ou qui emploient des travailleurs non titulaires de permis de travail ou de permis de séjour.

Article 11

La présente Convention s'applique également à Berlin (Ouest), conformément à l'Accord quadripartite du 3 septembre 1971¹, conformément aux procédures établies.

Article 12

1. La présente Convention entrera en vigueur le jour où les deux Parties se seront communiqué réciproquement que les conditions requises par les législations internes des Etats pour l'entrée en vigueur ont été remplies.

2. La Convention peut être dénoncée chaque année jusqu'au 30 juin, avec effet au 31 décembre. En cas de dénonciation, les permis de travail délivrés au titre de la Convention ne sont pas affectés.

3. Dans la mesure où, au moment de l'entrée en vigueur de la Convention, des contrats de travail ont déjà été présentés à l'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne, ces contrats de travail seront traités conformément aux règlements antérieurement en vigueur, les travailleurs ainsi employés étant pris en compte dans le calcul des plafonds convenus.

FAIT à Prague, le 25 mai 1990, en deux exemplaires, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

HERMANN HUBER

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
tchèque et slovaque :

BARČAK

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 880, p. 115.

ABROGATION DE LA CONVENTION DU 25 MAI 1990 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIVE AU DÉTACHEMENT DE TRAVAILLEURS TCHÉCOSLOVAQUES D'ENTREPRISES ÉTABLIES EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE POUR ÊTRE EMPLOYÉS EN VERTU DE CONTRATS D'ENTREPRISES¹ (*NOTE DU SECRÉTARIAT*)

Le Gouvernement allemand a enregistré le 28 janvier 1993 la Convention entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérale tchèque et slovaque relative au détachement de travailleurs tchécoslovaques d'entreprises établies en République fédérale tchèque et slovaque pour être employés en vertu de contrats d'entreprises signé à Prague le 23 avril 1991².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 23 avril 1991, stipule au paragraphe 1 de son article 11, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 25 mai 1990.

¹ Voir p. 20 du présent volume.

² Voir p. 109 du présent volume.